

Helmut F. Skala
GÖD-Lehrer und ETUCE

Einsparungen bei Bildungsinvestitionen sind verheerende Ersparnisse

Die folgenden Ausführungen erfolgten als Grundsatzreferat im Rahmen der Gründung einer internationalen Bildungsplattform des EZA (Europäisches Zentrum für Arbeitnehmerfragen). Die Gründung dieser Bildungsplattform fand in den historischen Gebäuden der ehemaligen „Leninwerft“ in Danzig statt, dem Gründungsort der **Solidarnosz**-Bewegung im Jahre 1980 und dem Ausgangspunkt der Befreiungsbewegung in Polen und im gesamten ehemaligen „Ostblock“.

I. Die Ursachen der gegenwärtigen Krise

Die Ursachen für die starken und schmerzhaften Einschnitte in den öffentlichen Haushalten und die damit verbundenen Einsparungsprogramme liegen weder im Versagen des marktwirtschaftlichen Prinzips, noch sind sie die Folgen „ökonomischer Naturgesetze“, sondern sie liegen ausschließlich in der Unfähigkeit der Politik, das wirtschaftspolitische Instrumentarium sinnvoll anzuwenden. Das Streben der Politik nach Machterhalt lässt ihre Repräsentanten sehr oft unverantwortlich handeln. Zum Beispiel haben die Wirtschaftsexperten bei der Einführung des Euro richtigerweise Spielregeln in Form der „Maastricht-Kriterien“ empfohlen, die von der Politik auch feierlich beschlossen wurden. Es waren aber dieselben Politiker, die aus selbstsüchtigen Gründen eines kurzfristigen persönlichen Wahlerfolges wegen, diese Vereinbarungen gewissenlos gebrochen haben. Damit waren es ausschließlich sie, die die derzeitige Schuldenkrise, unter der die Bevölkerung zu leiden hat, verursacht haben.

Die Europäische Union kann nur dann nachhaltig und zum Nutzen der Gesamtgesellschaft bestehen, wenn sie den Markt als ein wichtiges Instrument richtig nutzt. Dazu muss eine für alle verbindliche und vernünftige Marktordnung geschaffen werden, die die sozialen und die ökologischen Dimensionen einbindet. Allerdings müssen auch die entsprechenden Durchsetzungsmechanismen wirksam werden, wenn gegen diese notwendigen Ordnungsprinzipien verstoßen wird.

In Krisenzeiten allein auf die Selbstheilungskraft des Marktes zu setzen, ist eine falsche Vorgangsweise. Ebenso ist es fatal und vor allem menschenverachtend, wenn ganz einfach die Banknotenpressen in Gang gesetzt werden, da dies eine bewusst gemachte Inflation und somit eine schleichende Enteignung auf Kosten der Erwerbstätigen, der Sparer und der Pensionisten zur Folge hat.

Eine Finanzpolitik ohne wirtschaftspolitische Kompetenz und Handlungsfähigkeit ist, wie wir es mit der derzeitigen Eurokrise schmerzhaft feststellen müssen, zum Scheitern verurteilt. Rigide Sparmaßnahmen in den öffentlichen Haushalten sind zwar auf der einen Seite aus globalen Stabilitätsgründen notwendig, führen aber andererseits zu schweren Kaufkraftverlusten und setzen so eine kaum beherrschbare Rezessionskurve in Bewegung, die zwischen Währungsstabilität und Inflation oszilliert.

Daher ist es eine Illusion zu glauben, dass die europäische Währung dauerhaft in einer globalisierten Wirtschaft wettbewerbsfähig erhalten werden kann, wenn es zu keiner gemeinsamen europäischen Wirtschaftspolitik und damit zu einer grundsätzlichen Erneuerung des Unionsvertrages kommt. Es besteht vielmehr die Gefahr, dass auch der sogenannte „Fiskalpakt“ eine bloße Absichtserklärung bleibt, gegen den sanktionslos verstoßen werden kann. Die EU ist zwar unter dem Druck von Industrielobbyisten in der Lage mittels Verboten eine fragwürdige Regulierung des Glühlampenmarktes durchzusetzen, aber keine Finanzmarktordnung und keine effiziente Bankenaufsicht. Eine Bankenaufsicht, die wegen des Versagens der nationalen Aufsichtsorgane, dringend notwendig ist. Die derzeitige Praxis, nicht nur in Österreich, dass nämlich Spekulationsgewinne der Banker in private Taschen wandern, Spekulationsverluste aber grundsätzlich „verstaatlicht“ werden, das heißt von der steuerzahlenden Bevölkerung zu bezahlen sind, kann nicht länger hingenommen werden. So gesehen würden nämlich auch die nunmehr auf allen Ebenen durchgeführten harten Einschnitte in den nationalen Budgets wirkungslos bleiben und die damit verbundenen großen Opfer der Bevölkerung sinnlos sein.

Dabei sind Einsparungen auf dem Bildungssektor besonders fatal, da ihre negativen Auswirkungen erstens meist mit größerer Zeitverzögerung eintreten und andererseits eine Vielfalt weiterer indirekter Fehlentwicklungen in unterschiedlichsten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen verursachen.

II. Bildungsinvestitionen und ihre Auswirkungen

a) Direkte Auswirkungen von Bildungsinvestitionen

Es ist unbestritten, dass Volkswirtschaften denen ein großes Potential an sogenanntem Humankapital zur Verfügung steht, tendenziell größere Produktivitätszuwächse zu verzeichnen haben. Je höher die Qualifikation der Erwerbstätigen ist desto leichter können sie wissenschaftlichen und technologischen Wandel vollziehen und umso positiver verläuft die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung.

Jene Staaten, die einen hohen Standard der kognitiven Fähigkeiten der Bevölkerung aufweisen, befinden sich auch in Krisenzeiten im Vorteil, wie uns die Wiederaufbauleistungen in vielen Staaten nach dem II. Weltkrieg gezeigt haben.

Auf diese Vorteile für den einzelnen Bürger und die gesamte Gesellschaft soll im Folgenden mit einigen Schwerpunkten näher eingegangen werden.

1. Der persönliche Nutzen für die Erwerbstätigen

Die monetären Bildungserträge sind in den meisten europäischen Ländern seit den 1970er bis etwa Mitte der 1990er Jahre gesunken. Seither sind sie zumindest konstant geblieben in manchen Bereichen auch wieder angestiegen.

Jüngste Untersuchungen in Österreich haben ergeben, dass Investitionen in Bildung nach wie vor den Ertrag steigern. Ein zusätzliches Schul- bzw. Ausbildungsjahr bringt demnach im Durchschnitt einen um rund 7% höheren Nettostundenlohn. Betrachtet man den Ertrag nach Bildungsebenen, so zeigt sich auch hier ein relativ konstanter Verlauf. Unselbständig Erwerbstätige mit Hochschulabschluss lukrieren durchschnittlich um bis zu 80% mehr Lohn als Personen, die über keinen Abschluss auf der Sekundarstufe II verfügen.

Der Erstausbildung als formaler Bildungseinstieg kommt dabei eine besonders große Bedeutung zu, da sich Versäumnisse auf dieser Ebene kaum bzw. nur sehr schwer aufholen lassen.

Dabei sei auf die „*Life cycle skill formation-These*“ von Flavio Cunha verwiesen, wonach sich Weiterbildung vor allem für diejenigen rentiert, die bereits über ein hohes Qualifikationsniveau verfügen.

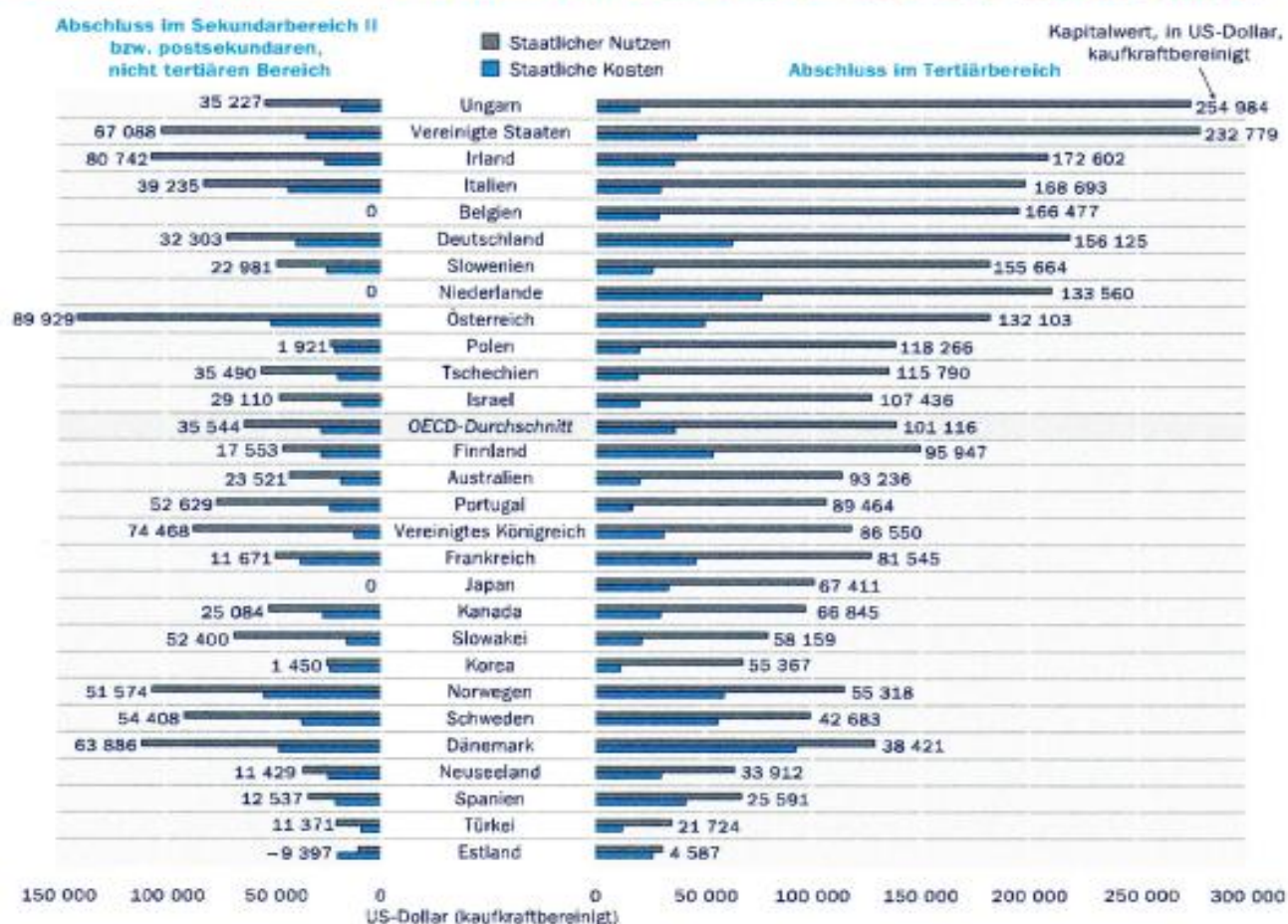
Für viele bildungsbenachteiligte Personen ist daher die nichtformale und informelle Bildung für den Erwerb von beruflichen Kompetenzen von großer Bedeutung.

Dies spricht auch vor dem Hintergrund der alternden Bevölkerung in vielen Ländern Europas - nicht nur aus Gründen der Gerechtigkeit, sondern auch aus Gründen der Effizienz - für verstärkte Bemühungen um die Einbindung bisher gering qualifizierter in die Prozesse der Erstausbildung und in die Prozesse des LLL.

2. Der gesamtwirtschaftliche Nettoertrag von Bildungsinvestitionen für den einzelnen Erwerbstätigen und die Gesellschaft

Die OECD hat in ihrer letzten Veröffentlichung auch die finanziellen Anreize für Bildungsinvestitionen untersucht und an konkreten Modellbeispielen berechnet.

Staatliche Kosten und staatlicher Nutzen für den Erwerb eines Abschlusses im Sekundarbereich II bzw. postsekundären, nicht tertiären Bereich und im Tertiärbereich durch einen Mann (2008 bzw. jüngstes verfügbares Jahr)



Im Durchschnitt der 28 OECD-Ländern erzielt nach dieser Untersuchung zum Beispiel ein Mann, der den Sekundarbereich II oder den postsekundären, jedoch nicht den Tertiärbereich erfolgreich abschließt, insgesamt, d. h. unter Berücksichtigung sowohl des privaten als auch des staatlichen Nutzens, einen Ertrag (Kapitalwert) von 388.300 US-Dollar. Der entsprechende Ertrag für Frauen liegt bei 250.700 US-Dollar.

Der staatliche Nettoertrag aus einer Bildungsinvestition im Tertiärbereich für einen Mann beläuft sich im Durchschnitt auf 100.000 US-Dollar - fast das Dreifache der staatlichen Investitionssumme. Für Frauen wird fast das Doppelte der staatlichen Investitionssumme als staatlicher Nettoertrag erreicht.

Im Durchschnitt beträgt der Bruttoeinkommenszuschlag für einen Abschluss im Tertiärbereich mehr als 340.000 US-Dollar für Männer und 235.000 US-Dollar für Frauen.

Für den Einzelnen stellt das entgangene Einkommen einen wesentlichen Teil des Gesamtinvestitionsaufwandes dar. In Ländern mit langer Ausbildungsdauer im Tertiärbereich wie beispielsweise Deutschland, Finnland, den Niederlanden und Schweden summiert sich das entgangene Einkommen auf beträchtliche Beträge. Das entgangene Einkommen hängt auch vom zu erwartenden Entgeltniveau und der Wahrscheinlichkeit ab eine entsprechende Beschäftigung zu bekommen. Mit zunehmender Verschlechterung der Arbeitsmarktlage für junge Erwachsene werden die Investitionskosten sinken. Da Besserqualifizierte bei schlechter Konjunktur auf dem Arbeitsmarkt meist bessere Chancen haben, wird die Nutzenseite durch die größeren Einkommensunterschiede noch größer. Bei einer Einbeziehung der Jahre nach 2008 in die Analyse, also der auf die globale Wirtschaftskrise folgenden Jahre, werden sich künftig mit großer Wahrscheinlichkeit in den meisten OECD-Ländern stärkere Anreize für eine Investition in weiterführende Bildung sowohl aus privater wie auch aus staatlicher Sicht ergeben.

Bildungsinvestitionen erzielen durch das höhere Einkommensniveau, das sie mit sich bringen, auch staatliche Erträge durch Mehreinnahmen bei Einkommensteuern und Sozialabgaben und durch geringere sozialstaatliche Transferleistungen.

In allen Ländern mit Ausnahme von Estland ist, dem Modellfall folgend, die staatliche Ertragsrate der Investition eines Mannes in einen Abschluss im Sekundarbereich II oder postsekundären, aber nicht im tertiären Bereich positiv. Im Durchschnitt aller OECD-Länder liefert ein Abschluss in diesem Bildungsbereich einen Nettoertrag von 36.000 US-Dollar. In Irland, Österreich und dem Vereinigten Königreich ergibt sich sogar ein Nettoertrag von mehr als 70.000 US-Dollar. Die staatlichen Erträge für eine Frau, die in einen Abschluss in diesem Bildungsbereich investiert, sind im OECD-Durchschnitt 14.000 US-Dollar niedriger als für einen Mann. Dennoch ist der staatliche Nutzen durchschnittlich mehr als doppelt so hoch wie die staatlichen Gesamtkosten für die Bereitstellung der Bildung im Sekundarbereich II bzw. im postsekundären, nicht tertiären Bereich, sowohl für Frauen als auch für Männer. In einigen wenigen Ländern müssen die Schüler auch über den Sekundarbereich II bzw. den postsekundären, nicht tertiären Bereich hinaus im Bildungswesen verbleiben, damit der Staat seine Erträge voll realisieren kann.

Die staatlichen Erträge sind für einen Abschluss im Tertiärbereich noch wesentlich höher als für einen Abschluss im Sekundarbereich II oder im postsekundären, nicht tertiären Bildungsbereich, u. a. weil die Bildungsteilnehmer einen größeren Teil des Investitionsaufwandes selber tragen. Die Hauptfaktoren hierbei sind jedoch die durch das höhere Einkommensniveau der Absolventen des Tertiärbereichs veranlassten höheren Steuereinnahmen und Sozialabgaben.

3. Die Steigerungsmöglichkeiten des wirtschaftlichen Gesamtnutzens durch bessere Bildung und höhere Qualifikation

Eine OECD Studie „Die hohen volkswirtschaftlichen Kosten unzureichender Bildung“ zeigt an Hand von drei Modellszenarien den wirtschaftlichen Nutzen von Bildungsinvestitionen für das Bruttoinlandsprodukt eines Landes und im Umkehrschluss den enormen Schaden, wenn diese unterbleiben, oder gekürzt werden:

Szenario 1: Steigerung der Pisa-Leistung um 25 Punkte

Die Steigerung der schulischen Leistungen um 25 Pisa-Punkte in den nächsten 20 Jahren ist ein durchaus moderates Ziel. Das ist weniger als Polen in den Jahren 2000 bis 2006 geschafft hat. Würden alle OECD-Länder dieses Ziel erreichen, ergäbe sich daraus ein Gewinn von 115 Billionen USD (ca. € 84 Billionen). Alleine in Österreich würde dieses Szenario zu einer um 900 Milliarden USD (ca. € 659 Mrd.) höheren Wirtschaftsleistung bis 2090 führen.

Szenario 2: Jedes Land auf das Pisa-Niveau von Finnland bringen

Würden alle OECD-Staaten das Niveau des Pisa-Spitzenreiters Finnlands erreichen, würde das einen Gewinn von 260 Billionen USD (ca. € 190 Billionen) bedeuten. Deutschland würde vom fünffachen des derzeitigen Bruttonettoproduktivs profitieren, nämlich 16 Billionen USD (ca. € 11,7 Billionen). In Österreich würde die Wirtschaftsleistung bis 2090 um 1,4 Billionen USD (ca. € 1 Billion) wachsen.

Szenario 3: Jeder Staat erreicht 400 PISA Punkte

Das hochgesteckte Ziel, alle Schüler/innen auf ein Level von 400 PISA-Punkte zu bringen würde sich mit nahezu 200 Billionen (ca. 146 Billionen €) zusätzlich zu dem Ergebnis des Szenario 2 positiv auf das Bruttonettoproduktiv auswirken.

Der Bericht zeigt auch, dass es nicht so sehr auf die Länge der Schulbildung ankommt, sondern auf die Qualität der Bildung.

Diese Modellprognosen setzen eine Steigerung der schulischen Leistungsergebnisse voraus. Sie zeigen aber nicht auf, wie Schulen reformiert werden sollen, noch geben sie auf die wirtschafts- und bildungspolitischen Fragen Antwort, wie die diese Veränderungen erbracht werden sollen.

Diese virtuellen Szenarien können allerdings nur jene Parameter berücksichtigen, die messbar sind. Bildung ist jedoch nur in Teilbereichen mathematisch und statistisch erfassbar. Die resultierenden Zahlen sind daher mit gebotener Vorsicht zu sehen und werden in der Realität das aufgezeigte Gesamtausmaß nie erreichen. Sie zeigen allerdings unwiderlegbar die positiven Auswirkungen von Bildungsinvestitionen auf.

Sie zeigen damit aber auch die enormen Kosten bei Untätigkeit auf.

Schulen und Bildungssysteme zu verändern, ist natürlich eine schwierige und langfristige Aufgabe. Positive Beispiele, wie Polen, zeigen jedoch dass Veränderungen auch in relative kurzer Zeit (6 Jahren) möglich sind.

Für den Staat sind allerdings nicht so sehr die privaten Erträge der Schulbildung interessant, sondern die sozialen Erträge der Schulbildung. Es sind die höheren Steuerleistung und Abgabenleistungen, die aufgrund einer höheren Ausbildung anfallen und die den öffentlichen Kosten der Ausbildung gegenübergestellt werden können. So bringen Qualitätssteigerungen im Ausmaß eines zusätzlichen Jahres an Schulbildung, nach einer Untersuchung des österreichischen Wirtschaftsforschungsinstituts, soziale Erträge, die etwas mehr als ein Prozent höher als die entsprechenden privaten Erträge sind, d. h. ungefähr ein Prozent der Lohnsumme entsteht als zusätzliche Steuereinnahmen.

4. Der Beitrag von Bildungsqualität zum Beschäftigungsgrad und zur Stärkung der Kaufkraft

In jenen Ländern in denen ein hoher Prozentsatz an Jugendlichen zumindest einen Abschluss der Sekundarstufe II aufweisen kann, ist die Jugendarbeitslosigkeit im europäischen Vergleich niedrig. Je stärker dieser Abschluss auch mit einer beruflichen Qualifikation verbunden ist, welche einen direkten Berufseinstieg oder eine weiterführende Ausbildung im postsekundären Bereich, umso günstiger ist die Beschäftigungsrate. Dies trifft zum Beispiel auf Österreich zu. Es erweist sich auch hier, dass die Qualität der Ausbildung ausschlaggebend ist und nicht die Dauer der Ausbildung bzw. die Ausbildungsstufe. Dies erklärt daher zum Beispiel, dass in Finnland die Jugendarbeitslosigkeitsrate doppelt so hoch und in Schweden fast dreimal so hoch ist als in Österreich, obwohl in diesen Ländern die allgemein- und berufsbildende Abschlussrate der Sekundarstufe II (ISCED-Niveau 3 und 4 der „International Standard Classification of Education“ der UNESCO) ebenfalls sehr hoch ist. Allerdings sind in Österreich, im Gegensatz zu Finnland und Schweden, mehr als dreiviertel der Abschlüsse der Sekundarstufe II berufsbildende Abschlüsse und diese zum Großteil auf einem sehr hohen ISCED-Niveau, nämlich auf Niveau 4A (BHS-Berufsbildende höhere Schulen).

Dies ist auch ein Indiz dafür, dass nicht allein die Abschlussstufe eines Bildungsganges wichtig ist, sondern seine inhaltliche Qualität und damit seine Verwertbarkeit für den Einstieg in das Erwerbsleben und für notwendige Weiterqualifizierungen.

Niedrige Arbeitslosigkeitsraten - vor allem bei Jugendlichen – tragen, neben ihrer gesellschaftspolitischen Dimension, mit vermehrten und frühzeitigen Beiträgen an Steuern und Sozialabgaben positiv zum Bruttoinlandsprodukt bei und stärken so die gesamte Wirtschaftskraft.

Es ist daher auch signifikant, dass gerade die derzeitigen Krisenländer Spanien, Portugal, Griechenland, aber auch Irland nur eine vergleichsweise niedrige Abschlussrate bzw. niedrige Einstufung in der ISCED-Wertung des Sekundärbereichs II bzw. des postsekundären Bereiches aufweisen, sowohl die allgemeinbildenden, wie auch die berufsbildenden Abschlüsse betreffend.

b) Indirekte gesamtgesellschaftliche Auswirkungen von Bildungsinvestitionen

Die Erkenntnis, dass Bildung einen wichtigen gesamtgesellschaftlichen Nutzen hervorbringt, ist nicht neu. Bereits in den Schriften der Antike wird darauf verwiesen, dass Bildung entscheidend für das Wohlergehen einer Gesellschaft sei. Dieser umfassende Nutzen ist den Politikverantwortlichen, den Lehrkräfte und den Eltern durchaus bewusst. In den letzten Jahrzehnten hat die sozialwissenschaftliche Forschung den Zusammenhang zwischen höherem Bildungsstand und der gesamtgesellschaftlichen Nutzenstiftung untersucht und die kausalen Zusammenhänge zwischen Bildung und den verschiedenen gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen eindeutig aufgezeigt.

Nationale politische Ansätze berücksichtigen ebenfalls zunehmend den Zusammenhang zwischen Bildung und positiven gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen. So haben beispielsweise einige Länder als Teil ihrer Maßnahmen zur Verbrechensbekämpfung Präventionsprogramme gegen Schulabbruch, Zusatzangebote nach der Schule und andere bildungspolitische Maßnahmen eingeführt.

Darüber hinaus nehmen Wohlbefinden und sozialer Fortschritt auch als Werte an sich zunehmend einen größeren Stellenwert in der Politik ein, da man erkennt, dass nicht nur die wirtschaftlichen Kenngrößen wie BIP und Volkseinkommen allein für eine positive Entwicklung ausschlaggebend sind, wobei dem Bildungssektor eine zentrale Rolle zukommt.

1. Positive Teilnahme an der gesellschaftlichen Entwicklung

In der Regel nehmen Erwachsene mit einem höheren Bildungsstand stärker am gesellschaftlichen Leben teil, weisen eine höhere Zufriedenheit mit dem Leben auf. Das Engagement des Einzelnen in der Gesellschaft und die Zufriedenheit mit dem Leben variieren je nach Bildungsstand, auch nach Berücksichtigung von Alter, Geschlecht und Einkommen. Das lässt vermuten, dass Bildung diese Aspekte durch eine Steigerung der Fähigkeiten und Kenntnisse beeinflussen kann, wobei andere mit der Wahl der (Aus-)Bildung zusammenhängende Faktoren oder die Auswirkung von Bildungsabschlüssen durchaus ebenfalls eine Rolle spielen können.

So hat zum Beispiel die International Civic and Citizenship Education Study (ICCS) der OECD gezeigt, dass Schüler des Sekundärbereichs I (Klassenstufe 8), bei denen ein höheres Niveau bei der staatsbürgerlichen Kompetenz gemessen wurde (d. h. Elemente und Konzepte der Staatsbürgerschaft waren bekannt und wurden verstanden), eine positivere Einstellung zur Chancengleichheit von ethnischen Minderheiten haben und daher eine bessere Resonanz gegenüber extremen populistischen Tendenzen aufweisen.

2. Gesellschaftspolitische Einbindung

Obwohl nicht nur in allen Ländern, die Mitglieder der OECD sind, bei politischen Wahlen zur Wahlbeteiligung im Sinne einer gelebten Demokratie aufgerufen wird, variiert die Wahlbeteiligung je nach Altersgruppe, und in den meisten Ländern bestehen auch große Unterschiede beim Wahlverhalten je nach Bildungsstand. Im Durchschnitt beträgt die Differenz zwischen der Wahlbeteiligung von Erwachsenen (25- bis 64-Jährigen) mit einem hohen und einem niedrigen Bildungsstand 14,8 Prozentpunkte. Bei den jüngeren Erwachsenen (25- bis 34-Jährige) steigt diese Differenz auf beachtliche 26,8 Prozentpunkte an. In Deutschland liegt die entsprechende Zahl bei den jüngeren Erwachsenen bei 49,6 Prozentpunkten.

3. Gesundheit

Je gebildeter Menschen sind, umso ausgeprägter ist ihr Gesundheitsbewusstsein. Bildung ist ein wichtiger Indikator für die Lebenserwartung. Im Durchschnitt von 15 OECD-Ländern kann ein 30-jähriger Mann mit einem Abschluss im Tertiärbereich erwarten, weitere 51 Jahre zu leben, während ein 30-jähriger Mann ohne Abschluss im Sekundärbereich II erwarten kann, weitere 43 Jahre zu leben. Die Lebenserwartung je nach Bildungsstand unterscheidet sich besonders stark bei Männern in mitteleuropäischen Ländern. Im Durchschnitt ist in Tschechien die Lebenserwartung eines 30-jährigen Mannes mit einem Abschluss im Tertiärbereich um 17 Jahre höher als diejenige eines 30-Jährigen ohne einen Abschluss im Sekundärbereich II.

In diesen Bereich fällt auch ein, durch vermehrte Bildung geschaffenes Umweltbewusstsein mit dem Wissen über schädliche Entwicklungen für Mensch und Umwelt. Ebenso das Wissen, dass im Falle falscher Einsparungen bei den arbeitstechnischen Rahmenbedingungen das Unfallrisiko mit hohen arbeitsmedizinischen Folgekosten steigt.

4. Abschwächung negativer demoskopischer Entwicklungen

Nicht zuletzt sei erwähnt, dass durch all diese genannten Auswirkungen erreicht werden kann, dass der Zeitraum der aktiven Teilnahme an der Erwerbstätigkeit gesteigert werden kann. Dies ist angesichts einer zunehmenden Überalterung der Bevölkerung in den meisten Ländern Europas von eminenter gesamtwirtschaftlicher und gesellschaftspolitischer Relevanz.

III. Conclusio

In Diskussionen über Bildungsgerechtigkeit wird Gleichheit oft mit Gerechtigkeit gleichgesetzt. Das Recht auf Bildung kann jedoch nur den gleichen Zugang zu Bildung sicherstellen. Bildungsgerechtigkeit kann man nicht mit Gleichmacherei erreichen. Ein Irrtum dem der sogenannte „reale Sozialismus“ verfallen war und ist.

Jedem Recht steht aber auch eine gesellschaftliche Verpflichtung gegenüber. Im Bereiche der Bildung ist dies die Verpflichtung die Bildungsangebote je nach Anlagen und Fähigkeiten auch entsprechend zu nutzen.

Allerdings darf Bildung auch zu keiner Ware im üblichen marktwirtschaftlichen Sinne degradiert werden.

Leider wird von den Entscheidungsträgern der EU in ihren Empfehlungen und Programmen sehr oft Bildung vordergründig nur als das Nützliche und das Messbare, gleich einer Ware mit einem entsprechenden Markt, dargestellt und behandelt. Bei bildungspolitischen Empfehlungen der EU stehen auch meist Organisationfragen und Rentabilität im Vordergrund.

Gerade aber in einer immer liberaler werdenden Welt mit ihrem grenzenlosen Machbarkeitsglauben an Technik, Wissenschaft und Wirtschaft, geht es sicherlich auch um mehr Mobilität des Einzelnen, aber nicht bloß um eine berufliche und wirtschaftliche Mobilität, wie dies die Programme und Initiativen der EU vorsehen, sondern vor allem um eine Beweglichkeit des Geistes. Nur mit beweglichem und wachem Geist können Menschenrechte und Menschenwürde auch in einer immer undurchschaubarer werdenden Wirtschaftswelt verwirklicht werden. Dazu ist auch das Vermitteln jener Werte, auf denen die unveräußerlichen und natürlichen Rechte mündiger Menschen beruhen notwendig, um eine Gesellschaftsordnung zu schaffen, die auf den Grundsätzen der Personalität, der Solidarität und der Subsidiarität der Naturrechtslehre bauen kann.

„Bildung ist mehr“ - war daher mit Recht das Motto der EU-Bildungsminister bei ihrer Konferenz in Baden bei Wien im Oktober 1998. Denn Bildung ist tatsächlich weit mehr als bloß die Ergebnisse von PISA, TIMSS und von ähnlichen Messungen reinen Wissenserwerbs.

Aber auch die Bevölkerung des Wirtschaftsraumes Europa ist weit mehr als bloßes Humankapital!

Quellen:

AKÖ: Arbeiterkammer Österreich, Statistisches Jahrbuch

BMHS-Gewerkschaft: „Das Weißbuch der BMHS – Positionen 2020

GANGL, Roland: „Österreich: Erfolgsmodell Berufsbildung“; Weg in die Wirtschaft Nr.636

OECD: „Education at a glance, 2012“

OECD: „The High Cost of Low Educational Performance - The Long-Run Economic Impact of Improving PISA Outcomes“

OECD: International Civic and Citizenship Education Study (ICCS)

SKALA, Helmut F. : „Bildung im Licht von Recht und Gerechtigkeit“ in „Gedanken zur Gerechtigkeit“, Verlag Stämpfli Bern, 2009

WIFO: Wirtschaftsforschungsinstitut Österreich, Bildungserträge